



Die Bundespolizisten Lars Heidelberg und Laura Müller kontrollieren 2022 an der deutsch-schweizerischen Grenze. BILD: KÜNSSBERG

Ministerium fehlt Überblick über Grenzkontrollen

- Zahlen werden statistisch nicht erfasst
- Unklar, wie der Erfolg gemessen werden soll



VON JANN-LUCA KÜNSSBERG
jann-luca.kuenssberg@suedkurier.de

Konstanz/Berlin – Erhebt das Bundesinnenministerium (BMI) ausreichende Daten, um die eigenen Grenzschutzmaßnahmen bewerten zu können? Die Antwort des BMI auf eine Anfrage der baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Gökay Akbulut (Linke) lässt daran zweifeln.

In dem Schreiben des BMI werden die Zahlen der überprüften Personen zur Migrationskontrolle in Baden-Württemberg veröffentlicht. Demnach hat die Bundespolizei im Jahr 2022 rund 2,37 Millionen Personen an Bahnhöfen im Südwesten kontrolliert, 2023 waren es rund 2,42 Millionen.

Im Bereich der Konstanzer Bundespolizeiinspektion waren es 2023 mit 134.756 etwa 4000 mehr als im Vorjahr. Im gesamten Bereich der Stuttgarter Direktion, also Baden-Württemberg, war die Zahl allerdings rückläufig – was angesichts der wiedereingeführten Grenzkontrollen ab Oktober kurios erscheinen mag.

Dafür hat das BMI aber eine Erklärung: Die Grenzkontrollen finden auf Grundlage einer anderen Rechtsnorm statt, sodass sie in der vorliegenden Statistik nicht ausgewiesen werden. Sie werden statistisch aber auch nicht erfasst, heißt es in dem Schreiben – ebenso wenig die Kontrollen in grenzüberschreitenden Verkehrsmitteln wie etwa der Tramlinie 8, die von Basel nach Weil am Rhein fährt.

Auf SÜDKURIER-Nachfrage heißt es aus dem Innenministerium, die Zahlen müssten manuell gefiltert werden. Warum das nicht erfolgt, bleibt unklar. Zur Auswertung der Kontrollmaßnahmen dürften solche Statistiken sinnvolle

Diskriminierungsverbot

Aus einem Schreiben des Bundesinnenministeriums (BMI) geht hervor: Zwischen Anfang 2022 und November 2023 hat es insgesamt 62 Beschwerden wegen etwaiger „Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot“ – kurz: wegen Racial Profiling – bei Personenkontrollen der Bundespolizei gegeben. Zwei Gerichtsverfahren seien dazu anhängig, heißt es weiter. Dazu die Mannheimer Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut (Linke): „Diese massiven Personenkontrollen unabhängig von einem konkreten Verdacht einer Straftat finde ich unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten hochproblematisch.“ Nach ihrem Eindruck seien in der Praxis äußerliche Merkmale – wie etwa die Hautfarbe einer Person – das entscheidende Kriterium für eine Kontrolle, was eine unzulässige Diskriminierung darstelle. (jlk)

Daten liefern – zumal die Länder gerade erst bei der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz ihre Forderung nach monatlichen Prognosen über Flüchtlingszahlen erneuerten. „Dass Binnen-grenzkontrollen statistisch nicht dargestellt werden, ist ein Unding, weil dies die politische Bewertung der Kontrollmaßnahmen erschwert“, sagt dazu die Fragestellerin Akbulut.

Kritik kommt auch vom Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei: „Um Migration effektiv ordnen, steuern und begrenzen zu können und damit den Druck auf Staat und Gesellschaft zu senken, bedarf es zwingend einer belastbaren Datengrundlage und auch der Vernetzung von Informationen. Auch dieses Beispiel ist ein Beleg für schädliche Leerstellen.“

Im Januar hat die Bundespolizei derweil wieder mehr illegale Grenzübertritte aus der Schweiz festgestellt. 1436

unerlaubte Einreisen registrierte Beamten in dem Monat, das mehr als im Vorjahr.

Die Asylgesuche in Baden-Württemberg sind allerdings zum dritten in Folge zurückgegangen: 1755 Migrationsanträge verzeichnete das Land im Januar – im Vormonat waren es noch fast 1000 gewesen. Deren Erfassung erfolgt oft zeitverzögert.

Das passt auch zum Bundestag, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden 47.090 und damit 72 Prozent weniger anträge gestellt als im Vorjahreszeitraum, wie aus der Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hervorgeht. „Wir haben viel mehr getan in den letzten Monaten als in den letzten Jahren, um zu verhindern, dass Migration zu kommen“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faesl (SPD).

Derweil hat Polen seine Grenzkontrollen zum Nachbarland Slowakei im März beendet. Als Grund nannte das Innenministerium in Warschau polnischer Medien „die Stabilisierung der Migrationssituation auf der sogenannten Balkanroute“ genannt.

Die beiden Länder gehören zu den wie Deutschland und die Schweiz Schengen-Raum an, in dem es keine Grenzkontrollen vorgesehen sind. Zur Bekämpfung des Schleusens und irregulärer Migration hatten mehrere EU-Länder immer wieder übergehende Grenzkontrollen eingeführt. Polen hatte seine nun bereits Kontrollen am 4. Oktober beendet. Deutschland kontrolliert seine Grenzen zu Polen, Tschechien und Österreich seit Mitte Oktober, die zu Österreich seit dem Jahr 2015.

Das lesen Sie zusätzlich online



Warum es so schwer sei, Straftäter auszuweisen: www.sk.de/11926025